

## Protokollauszug Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses vom 05.12.2023

---

### Zu Ö 19    Mitteilungen der Verwaltung

#### 1.) „Ankommensschule“

Herr Brötz erläutert den aktuellen Stand der „Ankommensschule“. Hinter der Ankommensschule – der Titel müsse noch geändert werden – verberge sich die Idee, zwei Lerngruppen für Kinder mit Zuwanderungshintergrund am Standort der auslaufenden Alkuinrealschule zu bilden. Die Zielgruppen müssten noch konkret definiert werden. Die Lerngruppen würden organisatorisch als Teilstandort der GHS Drimborn geführt werden. Das Modell werde eng durch die Jugendhilfe begleitet. Zwischenzeitlich habe auch die Bezirksregierung Köln ein positives Signal gegeben. Sie werde die weitere Entwicklung unterstützen und auch personelle Ressourcen bereitstellen. Es sei geplant, den Workshop im Januar wieder einzuberufen und die noch bestehenden Fragestellungen (u.a. wie könne Separation verhindert werden, welche Kinder sollen in den Blick genommen werden) konzeptionell aufzuarbeiten. Die Ergebnisse würden dann sowohl im Kinder- und Jugendausschuss als auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgestellt.

---

#### 2.) Die aktuelle KiTa-Situation

Frau Traeger berichtet, dass das aktuelle Geschehen in den Kindertageseinrichtungen sehr dynamisch und nur schwer mit konkreten Zahlen belegbar sei. Es gebe nicht nur Vakanzen, d.h. unbesetzte Stellen, sondern neben Langzeiterkrankungen und Beschäftigungsverboten bei Schwangerschaft auch insgesamt ein hohes Infektionsgeschehen, welches zu kurzfristigen und nicht planbaren Personalausfällen führe. Auch nach Rückmeldung der freien Träger in der AG § 78 seien derzeit rund 20-30 % der KiTas in irgendeiner Art und Weise von einer Einschränkung betroffen: entweder, dass Betreuungszeiten im Nachmittagsbereich oder dass die Anzahl der zu betreuenden Kinder reduziert werden müsse. Es bestehe nach § 47 KiBiz die Pflicht, eine Meldung an den Landschaftsverband Rheinland (LVR) zu schicken, wenn das Kindeswohl nicht mehr verlässlich sichergestellt werden könne, beispielsweise wenn nicht genügend Personal vorgehalten werden könne. Diese Meldung müsse auch die von Seiten des Trägers angestrebten Maßnahmen zur Behebung beinhalten. Solche Maßnahmen könnten z.B. die Reduzierung von Betreuungszeiten und damit die Bündelung von Personal sein. Manchmal würde allerdings auch schlicht die Zeit fehlen, um eine solche Meldung zu schicken. Sie beobachte ein hohes Engagement bei den Mitarbeitenden, dennoch werde zunehmend spürbar, dass diese an ihre Belastungsgrenzen kommen würden. Was leider ebenfalls beobachtet werde, sei eine erhöhte Aggressivität bei manchen Eltern. Bei

allem Verständnis für die nachvollziehbare, belastende Situation für die Eltern, eine – manchmal kurzfristige – alternative Betreuungsmöglichkeit zu finden, dürfe dies nicht zulasten eines respektvollen Umgangs miteinander gehen. So käme es vermehrt zu Beschimpfungen von Mitarbeitenden oder Leitungen. Dies werde von Seiten der Verwaltung nicht geduldet. So werde nun in enger Zusammenarbeit mit der Mitarbeitendenberatung (MiBa) konzeptionell geprüft, wie die Resilienz der Mitarbeitenden gestärkt werden könne. Zudem prüfe die Verwaltung derzeit, in Fällen von Beleidigungen Strafanzeige gegen die betreffenden Eltern zu stellen.

Frau Scheidt dankt Frau Traeger für den Bericht. Sie könne die Anspannung der Eltern durchaus nachvollziehen, insbesondere wenn Existenzen gefährdet seien. Dies rechtfertige jedoch nicht, dass dies an den Mitarbeitenden ausgelassen werde.

---

### 3.) KiTa Albert-Maas-Straße

Herr Kaldenbach berichtet von einem erheblichen Wassereintritt in der städtischen KiTa Albert-Maas-Straße durch ein defektes Dach. Die für 2024 ohnehin geplante Dachsanierung müsse nun vorgezogen werden. Die Situation vor Ort sei ein paar Tage lang herausfordernd gewesen. Mit dem städtischen Gebäudemanagement (E 26) habe das Dach provisorisch wiederhergestellt werden können. Es habe auch eine gemeinsame Information an den Elternbeirat gegeben, um Besorgnisse aufzugreifen. Er sei optimistisch, dass der Betrieb bis zur Sanierung aufrechterhalten werden könne.